



AM 9. MAI MEHR GRÜN MÖGLICH

Für eine ökologisch-soziale Politik

Als Direktkandidat für Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 79, Coesfeld/Borken werbe ich um Ihre Stimme.

Meine Schwerpunkte liegen in den Politikfeldern Bildung, Verkehr und Wirtschaft.

Als gelernter Tischler weiß ich, dass junge Menschen nicht nur eine gute Ausbildung brauchen, sondern danach auch Arbeitsplätze. Dazu muss unsere Wirtschaft zukunftsorientierte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Diese Zukunftsorientierung der Wirtschaft finden wir heute vor allem in der Bewältigung der Klimakrise.

Innovationen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen.

Zudem bin ich der persönlichen Überzeugung, dass unsere Gesellschaft für die anstehenden Aufgaben ein solides Fundament braucht. Dieses Fundament ist der soziale Zusammenhalt, ist Gerechtigkeit.

Bildung ist aber auch die Grundlage für gesellschaftliche Weiterentwicklung und Wohlstand. Bildung ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Innovation, die unsere Wirtschaft in der Krise am Nötigsten braucht.

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander! – Investitionen in Energiesparmaßnahmen nützen der Umwelt und dem Klima, gleichzeitig werden Verbrauchskosten gesenkt.

Gerechtigkeit – Wir erleben aktuell wieder, dass einzelne gesellschaftliche Gruppen ge-

geneinander ausgespielt werden. Politik hat nach meiner festen Überzeugung die Aufgabe, Antworten auf die Fragen aller Menschen zu formulieren, Politik hat die Aufgabe zu integrieren – nicht zu isolieren!



Als Landtagsabgeordneter werde ich mich vor allem für die Verbindung von Bildung, Ausbildung und Wirtschaft einsetzen. Wir Grünen wollen in den kommenden fünf Jahren in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung 130.000 neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen schaffen. Wir werden in den Schulen und Hochschulen die Voraussetzungen schaffen, dass die nachfolgende Generation diesen Weg auf der Basis der sozialen Gerechtigkeit weiter gehen kann.

Dafür bitte ich Sie um Ihre Stimme.

Norbert Vogelpohl

www.norbert-vogelpohl.de

Biogasanlage – warum Diese nicht in Südlohn???

Lt. RWE – Innogy soll es sich ja um ein Leuchtturmprojekt handeln.

Es gibt aber leider zahlreiche Ungereimtheiten dabei. Die CDU bleibt ihrer Linie treu: Als erstes verkündet sie den Standort Gescher-Estern. Die Aussage dazu vom CDU-Bundestagsabgeordneten Röring: Dieser Standort wurde als einer der ersten abgeklöpft.

Geht nicht, so die zuständigen Behörden, da dort durch die vorhandenen Anlagen die Immissionen bereits an der Grenze lägen. Die Investoren wollen glauben machen, dass die Anlage keine Immissionen verursacht. Doch dann stellt sich die Frage, warum denn nicht doch der Standort Gescher-Estern???



Ziehen die Immissionen mit dem Wind übers Dorf?

Nach unserer Einschätzung entstehen eben doch deutlich spürbare Immissionen, wenn es um den Transport der Gülle, der Zwischenfrüchtesilage sowie der separierten Gülle innerhalb des Betriebsgeländes geht. Ferner ist mit Immissionen durch die Gaswäsche, und das Blockheizkraftwerk zu rechnen. Darüber hinaus werden Störfälle Immissionen freisetzen.

Wenn denn die Anlage so clean ist, wie behauptet, warum hält man dann die gesamte Planung unter dem Tisch und geht erst an das Licht der Öffentlichkeit, als vollendete Tatsachen geschaffen worden sind.

Übrigens: Die Ursache dieses ganzen Dilemmas ist der Gülleüberschuss, verursacht durch die hemmungslose Genehmigungspolitik durch den Kreis. Diese Politik ist CDU-gewollt und zwar in der EU, beim Bund, im Land, bei der Bezirksregierung und letztendlich beim Kreis. Man setzt allein auf Masse mit der Folge, dass die familiengestützten landwirtschaftlichen Betriebe auf der Strecke bleiben.

Diese Entwicklung führt über kurz oder lang zu der Frage, wie viele Mastplätze denn eine Landschaft aber auch die Umwelt an sich, in der ja auch viele ihr Zuhause haben, verträgt.

Methangas ist übrigens weitaus schädlicher für das Klima als es CO₂ ist. Das Grundwasser im Kreis Borken ist ja auch schon flächendeckend mit diversen Schadstoffen über Gebühr belastet, allen voran Nitrat.

Dass es so weit kommen konnte ist unmittelbare Folge der Massentierhaltung, die – wie bereits gesagt – ihre Ursache in der CDU-Landwirtschaftspolitik hat. Den Landwirten bleibt ja nichts anderes übrig, als auf den Zug aufzuspringen, oder auf der Strecke bleiben.

Genau diese Politik soll durch diese Biogasanlage auch noch legitimiert werden. Denn was macht der Landwirt, der die Gülle an diese Anlage liefert? Einerseits ist er durch langfristige Güllielieferverträge in andere Regio-

nen gebunden, andererseits hat er ja seine eigenen Flächen, die ja auch Gülle benötigen. Ihm fehlt diese Gülle so oder so. Was glauben Sie denn, lieber Leser, was dann geschieht?



Zumal der Bau von Mastställen auch noch hoch subventioniert wird! Jeder, die mit offenen Augen durch die Gegend geht, sieht die drastische Zersiedlung der Landschaft durch solche Stallanlagen, ob es in Oeding, Südlohn, Stadtlohn, Vreden, Borken, Velen oder sonst wo ist.

Das gilt es sofort zu stoppen mit der Maßgabe, dass den Familienbetrieben eine auskömmliche Einkommensgrundlage zur Verfügung gestellt werden muss.

In der Sitzung vom 21.4. wurde nun dem Rat vom Anwalt gezeigt, dass im Jahre 2004 mit dem Bebauungsplan Fehler gemacht wurden. Es wird in einer kommenden Sondersitzung des Rates zum Beschluss für eine Veränderungssperre kommen, der eine Anlage an diesem Standort wohl nach dem Jahre 2011 unmöglich machen wird.

Das heißt aber, dass wir trotz alledem eine Anlage bekommen können, solange sich RWE und Partner innerhalb des immissionsrechtlich genehmigten Rahmens bewegen wird.



K & K in Oeding? Warum nicht???

Ohne Beteiligung der BündnisGrünen gab es Anfang letzten Jahres den Ratsbeschluss eine Kommission zu Erstellung eines Einzelhandelszentrenkonzeptes für die Gemeinde. Es gab mehrere Sitzungen dazu und dann wurde Mitte letzten Jahres das Ergebnis in einer Ratssitzung präsentiert. Es soll ein K & K – Markt zu den vorhandenen zwei Märkten angesiedelt werden. Wir waren die einzige Partei, die diesem Ansinnen konsequent skeptisch gegenüberstand. Ein Gutachter präsentierte



Existiert nicht mehr – das alte Gerätehaus und das angrenzende Wohnhaus!

dann das Konzept: Kaufkraft aus der gesamten umliegenden Region sollte geholt werden!

Aus Burlo, wo K&K vor kurzem ein Ladenlokal übernommen hatte und aktuell erweitern will?

Aus Weseke, wo K&K bereits einen Laden besitzt und auf einer neuen Fläche ein größerer Markt errichtet werden soll – neben zwei weiteren vorhandenen Märkten?

Aus Südlohn, wo bereits ein Überangebot, bezogen auf die Einwohner, existiert?

Aus Vreden, Stadtlohn und Velen, wo auch das dortige Angebot voll ausreichend ist?

Und nicht zuletzt aus den Niederlanden, wo Winterswijk bereits ein deutliches Überangebot an Versorgung mit Lebensmittelmärkten vorhält. Von dort sollen 30% (!!!) des erwarteten Umsatzes für den neuen Markt in Oeding herkommen.

Dieser Markt wird als Vollsortimenter in Oeding vorhandenen Einzelhändlern knallharte Konkurrenz bieten. Dazu zählen die bereits vorhandenen Lebensmittelmärkte, aber auch Bäcker, Büroartikelanbieter, Fahrradgeschäfte, Kosmetikanbieter, Kioske und Fleischerfachgeschäfte.

Nun soll das Ziel der Ansiedlung dieses Marktes eine Stärkung des Ortskernes in Oeding sein. In Anbetracht der vorhandene Situation ist es ein Skandal, den Mitbürgern glauben zu machen, dass von der Entwicklung alle profitieren.

Das Gegenteil ist der Fall: Der Verbraucher wird möglicherweise durch Preiskämpfe für eine kurze Zeit profitieren. Sobald dort die gefährdeten Geschäfte verschwinden, wird der Verbraucher mit absoluter Sicherheit die Zeche des Verdrängungskampfes durch höhere Preise zu zahlen haben.



Reicht der Platz um die Vogelstange (im Hintergrund) in Zukunft noch für das Schützenfest?

Eine kurze Anmerkung noch zu den Verfahren, wie der Ersatz für das Feuerwehrgerätehaus geschaffen werden soll und durch den Rat gewunken wurde: Es gab

und gibt keine Investitionsrechnung, die wir Grüne gefordert haben. Jeder vernünftig Rechnende möchte doch gerne wissen, wie denn die Bilanz einer solchen Investition aussieht. Nicht so der überwiegende Teil des Gemeinderates! Keine Information über die Werte, die bilanzmäßig abgängig sind, keine Info über Kosten und Folgekosten für die Umgestaltung des Hallenumfeldes sowie das neue Feuerwehrgerätehaus, das übrigens um mehr als 10% schon Wochen nach dem Neubaubeschluss teurer wird als vorher bekannt gegeben.

Der Steuerzahler und Verbraucher wird es schon richten!



Verschuldung der Gemeinde – warum nicht???

Man brauchte schon dringende Hilfe, diese Christlichen, in Form eines Ministerpräsidenten und des Regierungspräsidenten, um den Bürger von der eigenen Chaos-Finanzpolitik zu überzeugen. So verkündete der Regierungspräsident in der Zeitung auf Hochglanzpapier dieser Partei: „bleiben Sie auf diesem Kurs“

Da fragt man sich, welcher Kurs denn gemeint ist? Ist es die exorbitant hohe Verschuldung der Gemeinde. Deren Ausmaß wurde erst bei der letzten Haushaltsberatung für 2010 klar: Der Kämmerer kommt dort zur Sache und erklärte sinngemäß: Wenn die Gemeinde so weiter wirtschaftet, droht in spätestens 3 Jahren die Haushaltssicherung, das heißt **Pleite!**



Flugs hat dann die Partei, die 10 Jahre diese Politik allein zu vertreten hat, die Flucht nach vorne angetreten: Man möchte eine Haushaltskommission, an der alle Parteien teilnehmen sollen. Es ist ja nur mit dreist-frech zu bezeichnen, die anderen Parteien in die Verantwortung zu nehmen, um die Karre, die man allein selbst in den Dreck gefahren hat, mit Hilfe anderer wieder herauszuziehen.

Hunderttausende hat diese Partei als Fehlentscheidungen einfach liegen lassen, nur weil es nicht ins eigene Konzept passte. So wurden mindestens 10 Anträge unsererseits zur Nutzung alternativer Energien und Energieeinsparungen teilweise mit völlig hirnrissigen Argumenten abgeschmettert. Auch die immer wieder dumpf vorgebrachte Forderung nach der Umgehung ist nichts anderes als Stimmenfang auf niedrigstem Niveau, denn zur Finanzierung der begleitenden Maßnahmen, wie Zubringerstraße, Rückbau der jetzigen Durchgangsstraße und diverse andere Maßnahmen wird nicht ansatzweise eine Finanzierungslösung angesichts der drohenden Pleite angeboten.



Auch zu den Investitionskosten des Feuerwehrgerätehauses, dem Abgang diverser Immobilien aus dem Besitz der Gemeinde und den Folgekosten für das Feuerwehrgerätehaus in Form von Abschreibungen, Ausbau der Infrastruktur in diesem Bereich sowie bereits vorhandener und noch kommender Kostensteigerungen ist allein der Steuerzahler gefragt. Denn der wird die Zeche zahlen, sonst niemand.

Der Höhepunkt ist dann noch der Wahlkampf-Hochglanzprospekt der CDU, in der diverse Investitionsmaßnahmen versprochen werden und dies trotz der drohenden Pleite!

Das nennt man schlichtweg Wählerbetrug! Bei der Höhe des Schuldenberges trifft dass in erster Linie kommende Generationen!

Mehr Informationen:

www.gruene-suedlohn.de

Norbert Vogelpohl ist übrigens am 6.5. zu Gast in Südlohn bei der Bürgerinitiative. Fragen sie ihn, was er zur Bioqasanlage sagt!

Kontakt:

Südlohn: Rickers, Lohner Str. 71

Tel.: 02862/97097

Oeding: van de Sand, Burloer Str. 13

Tel.: 02862/580065

Fraktionsvorsitzender:

Josef Schleif, Hinterm Busch 18

Tel.: 02862/6519

Schwarz-Gelb in NRW – warum nicht???

- NRW ist bei der Betreuung der Kleinsten (U3) bundesweites Schlusslicht!
- NRW enthält den Gemeinden Bundesmittel für den U-3-Ausbau vor!
- Das KIBIZ-Gesetz hat erhebliche handwerkliche Mängel, wie zu wenig Zeit für das einzelne Kind, mehr Bürokratie, der U3-Ausbau wurde gedeckelt, die Familienzentren sind unterfinanziert, Personalpolitik ist inflexibel, Zeit- und Kostenplanung ist eine Zumutung, der Planungszeitraum praxisfern.
- Ausbau von Ganztagschulen wird aus ideologischen Gründen gebremst
- Individuelle Förderung in den Schulen gibt es nur auf dem Papier
- Der Unterricht für die OGS ist für einkommensschwache Familien sozial nicht bezahlbar
- Demokratische Stichwahl bei Bürgermeisterwahl ist abgeschafft (je nach Kandidatenzahl könnten weniger wie 10 % der Stimmen reichen)
- Widerspruchsverfahren gegen Behördenwillkür abgeschafft
- Verfassungsgericht musste mehrere Gesetze stoppen
- Naturschutzetat wurde halbiert
- Versagen bei Luftverschmutzung wie Feinstaub und Stickoxide
- Letzter Platz von NRW bei Lebensmittelkontrollen (20.000 weniger)
- Umweltbehörden zerschlagen
- Verbraucherberatung Mittelkürzung verordnet
- Einseitiges Setzen auf industrielle Landwirtschaft
- Wahlversprechen „Haushaltskonsolidierung“ grandios gescheitert
- Rekordverschuldung mit mehr als einhundertdreißig Milliarden Euro
- Zuschüsse für Busse und Bahnen massiv gekürzt
- Kommunen dürfen sich nicht mehr ausreichend wirtschaftlich betätigen
- Pannenreichste Landesregierung seit Menschengedenken

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus der ach so tollen Schwarz-Gelben Landespolitik. Wem Sie, lieber Wähler, Ihre Stimmen geben, dürfte sicher nicht schwer fallen

Darum: Geben Sie uns BündnisGrünen die Stimmen, denn wir werden dafür Sorge tragen, dass diese Politik keine Fortführung findet. Wir sind die einzige Partei, die eine wirklich zukunftsfähige Politik vertritt. Zukunftsfähig heißt: Erhalt und Ausbau einer lebenswerten Umwelt, Natur und Ausbau der grünen Umwelttechnologien mit vielen neuen Arbeitsplätzen.

